mation über den Zustand der Gesetzlichkeit in bestimmten Bereichen seines Territoriums, wonach er seine Aufsichtstätigkeit planen und entsprechende Aufsichtsmaßnahmen einleiten kann.

Normativakte — Gegenstand der Allgemeinen Aufsicht

Die Normativakte der Stellvertreter der Vorsitzenden, der Leiter der Fachabteilungen des Rates, aber auch der Leiter anderer Organe, Betriebe und Einrichtungen in seinem Bereich, die in Form von Dienstanweisungen, Direktiven, Anleitungen usw. ergehen, sind Gegenstand der Gesetzlichkeitsaufsicht.

In dieser Hinsicht können die bisherigen Arbeitsergebnisse nicht befriedigen, da auf diese Aufgabe nicht in genügendem Maße orientiert wurde. Hier ist ein breites Betätigungsfeld für die Allgemeine Aufsicht gegeben, da in diesen Normativakten z. T. Ungesetzlichkeiten mit sehr ernstesten Auswirkungen enthalten sein können.

Der Staatsanwalt des Bezirks Neubrandenburg legte z. B. Einspruch gegen eine Dienstanweisung des Direktors des Bezirksbauamtes ein, in der völlig ungesetzlich den Mitarbeitern der Staatlichen Bauaufsicht Aufgaben übertragen wurden, die nicht in ihre Zuständigkeit fielen. Nach dieser Dienstanweisung wurde die Staatliche Bauaufsicht das Hauptorgan zur Kontrolle der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im Bauwesen. Die Staatliche Bauaufsicht wurde von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt; die Verantwortlichkeit des Rates und des Bezirksbauamtes für die Planerfüllung wurde auf die Staatliche Bauaufsicht abgewälzt. An diesem Beispiel wird deutlich, daß ein ungesetzlicher Normativakt die Tätigkeit eines spezifischen Kontrollorgans desorganisieren kann. Auf den Einspruch des Staatsanwalts wurde diese Dienstanweisung durch den Bezirksbaudirektor aufgehoben und die Staatliche Bauaufsicht auf ihre eigentlichen Aufgaben orientiert.

Die Normativakte der Betriebsleiter wurden auch bei den operativen Einsätzen nur selten systematisch auf ihre Gesetzlichkeit überprüft, obwohl sie doch gerade unmittelbar die Rechte der Werktätigen im Betrieb berühren und — das kann nach den bisherigen Untersuchungen bereits gesagt werden — diese z. T. verletzen oder einschränken. Sie beinhalten häufig Festlegungen, die insbesondere im Widerspruch zum Gesetzbuch der Arbeit stehen. Das findet vor allem in solchen Dokumenten wie den Arbeitsordnungen und Betriebsprämienordnungen seinen Niederschlag, die noch oft ohne gründliche Diskussion im Betriebskollektiv formal und administrativ in Kraft gesetzt werden.

Die Allgemeine Aufsicht muß sich noch stärker diesen Fragen zuwenden und Arbeitsergebnisse und Erfahrungen sammeln. Alle Staatsanwälte sollten sofort beginnen, die dazu bereits vorliegenden Arbeitsergebnisse und Erfahrungen zu veröffentlichen, um eine Grundlage für exakte Verallgemeinerungen zu schaffen.

Die Überprüfung von Individualentscheidungen

Die Aufsicht über die Gesetzlichkeit der Individualentscheidungen staatlicher Organe, die im Rahmen einer durch Gesetz übertragenen Kompetenz in einem dafür gesetzlich geregelten Verfahren ergehen (z. B. Ordnungsstrafverfahren) wurden bisher unterschätzt, obwohl auch solche ungesetzlichen Entscheidungen tief in die Rechte der Bürger eingreifen und sich störend auf die weitere Festigung des Verhältnisses Staat-Bürger auswirken. Das wird besonders deutlich in der Ordnungsstrafpraxis der Staatlichen Bauaufsicht, die bei der Lösung der Schwerpunktaufgabe analysiert wurde¹⁴.

¹⁴ Die Ergebnisse dieser Analyse werden in einem gesonderten Beitrag in der „Neuen Justiz“ veröffentlicht.

Die Ordnungsstrafpraxis der Staatlichen Bauaufsicht entspricht in keiner Weise den Prinzipien der Rechtspflegebeschlüsse des Staatsrates, der Dogmatismus ist noch tief verwurzelt. Die Entscheidungen sind formal und wenig erzieherisch, die Strafe steht noch im Vordergrund. Die Durchführung des Verfahrens ist keine erzieherische Auseinandersetzung mit dem Rechtsverletzer, sondern bürokratische Administration. Der Sachverhalt, die Verantwortlichkeit und die gesamten Umstände der Rechtsverletzung werden vielfach nicht genügend erforscht.

Die Staatsanwälte haben begonnen, mit staatsanwaltlichen Aufsichtsakten die Gesetzlichkeit in der Ordnungsstrafpraxis durchzusetzen. Der allgemeine Zustand in der Ordnungsstrafpraxis wird zu einer Aufgabenstellung für den nächsten Arbeitsplan führen.

Die analytische Tätigkeit verbessern!

Die Entwicklung der komplexen Gesetzlichkeitsaufsicht hat zur Herausbildung der für sie typischen Arbeitsmethode, der Anfertigung von Gesetzlichkeitsanalysen zu bestimmten Schwerpunkten, geführt. Die Analysen erhöhen die Qualität unserer Gesetzlichkeitsaufsicht sowohl hinsichtlich des Zusammenwirkens der verschiedenen Aufsichtszweige innerhalb der Staatsanwaltschaft als auch gegenüber anderen Organen.

1. Die analytische Tätigkeit der Allgemeinen Aufsicht muß so ausgestaltet werden, daß durch sie ein ungesetzlicher Zustand in einem bestimmten Bereich aufgedeckt wird.

Diese Analysen bilden die Grundlage für eine planmäßige Ermittlungstätigkeit der Untersuchungsorgane, wenn die Ergebnisse auf das Vorliegen strafbarer Handlungen hindeuten. Die Allgemeine Aufsicht muß also durch ihre Gesetzlichkeitsanalysen zur Weiterentwicklung einer planmäßigen Kriminalitätsbekämpfung beitragen.

Andererseits müssen die Strafabteilungen durch ihre analytische Tätigkeit die Allgemeine Aufsicht unterstützen. Wenn die strafrechtlichen Aufsichtszweige z. B. die Kriminalität im Bereich Bauwesen analysieren, so stellen sie bestimmte allgemeine Ungesetzlichkeiten fest, die sich als verbrechensbegünstigend erwiesen haben, im Strafverfahren aber nicht umfassend beseitigt werden konnten, ohne die Kraft der Untersuchungsorgane zu zersplittern. Auf der Grundlage dieser Feststellung leitet nunmehr die Allgemeine Aufsicht oder die Abteilung IV ihre entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung der verbrechensbegünstigenden Gesetzesverletzungen ein.

Voraussetzung für eine mögliche und notwendige Tätigkeit der Allgemeinen Aufsicht bei der Beseitigung verbrechensbegünstigender Gesetzesverletzungen ist eine umfassende Ermittlungstätigkeit und eine konkrete Leitung des Ermittlungsverfahrens durch den Staatsanwalt. Gegenwärtig besteht leider noch die Praxis, daß die Strafakten nach der Hauptverhandlung der Allgemeinen Aufsicht mit der Bemerkung übergeben werden, nachzuprüfen, welche Gesetzesverletzungen als verbrechensbegünstigende Faktoren gewirkt haben. Die verbrechensbegünstigenden Gesetzesverletzungen müssen im Verlaufe der Ermittlungen herausgearbeitet und der Allgemeinen Aufsicht bekanntgemacht werden, damit diese an die Beseitigung der Gesetzesverletzungen mit ihren spezifischen Mitteln herangehen kann.

Es ist Kalwert/Hartmann/Hochsam (NJ 1962 S. 180) beizupflichten, daß die Allgemeine Aufsicht nur bei verbrechensbegünstigenden Gesetzesverletzungen mit ihren spezifischen Mitteln tätig werden darf. Selbstverständlich dürfen andere verbrechensbegünstigende Umstände nicht unbeachtet bleiben. Bereits im Ermittlungsverfahren sind Hemmnisse, Mängel usw.,